



NICHOLAS KAMM / AFP / DPA

Assad, Papst Johannes Paul II. (im Mai): „Qualen Christi“

Ich liebe arabische und westliche Musik und habe Freude daran, Fotografien mit dem Computer zu bearbeiten. Aber ich fahre auch Fahrrad und schwimme.

SPIEGEL: Sie fahren jetzt nach Berlin, nachdem Sie bereits Frankreich und Spanien besucht hatten. Was erwarten Sie von Europa und von Deutschland?

Assad: Es geht mir um bilaterale und multilaterale Beziehungen, und zwar in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik. Alle drei Ebenen sind eng verflochten. Mir liegt an einer vielgestaltigen europäischen Präsenz. Für den Weg zum Frieden ist uns das wichtig. Wir würden uns eine aktivere Teilnahme der Europäer am Friedensprozess in Nahost wünschen. Diese Rolle hat Europa leider bisher nicht wahrgenommen.

SPIEGEL: Sie wissen, dass Deutschland wegen seiner Geschichte ein besonderes Verhältnis zum Staat der Juden hat. Da werden Sie in Berlin wie zuvor in Paris mit Protesten rechnen müssen.

Assad: Und warum?

SPIEGEL: Weil Sie unlängst beim Damaskus-Besuch des Papstes eine Rede hielten, die von manchem als antisemitisch empfunden wurde.

Assad: Was soll denn das? Wir Araber sind doch selbst Semiten, als Nachfahren von Sem, einem der drei Söhne Noahs. Kein Mensch sollte gegen irgendeine Rasse eingestellt sein, gegen die Menschheit oder Teile von ihr. Wir in Syrien lehnen den Begriff Antisemitismus ab, weil dieser Begriff diskriminierend ist. Semiten sind eine Rasse, wir gehören nicht nur zu dieser Rasse, sondern sind ihr Kern. Das Judentum dagegen ist eine Religion, die allen Rassen zuzuordnen ist.

SPIEGEL: Was haben Sie in Ihrer Papst-Rede denn nun wirklich gesagt und gemeint?

Assad: Ich habe von den Qualen gesprochen, welche die Palästinenser erleiden in ihrer Heimat Palästina. Sie wissen, dass die Kreuzigung Christi das wichtigste Symbol der christlichen

Religion ist. Ich habe lediglich die Schmerzen Christi mit den Leiden der Palästinenser verglichen, die täglich Tote zu beklagen haben, deren Häuser abgerissen werden und die anderen Arten der Unterdrückung ausgesetzt sind. Das hatte zur Folge, dass die Verantwortlichen in Israel im Handumdrehen eine Kampagne gegen meine Rede entfachten und behaupteten, diese Rede sei ein Angriff auf die Juden.

SPIEGEL: Wenn von den Qualen Christi die Rede ist, will man vielleicht suggerieren, dass dafür die Juden verantwortlich waren.

Assad: Wie auch immer, das sind geschichtliche Tatsachen, die wir nicht leugnen können. Doch wieso will man mir deswegen eine antijüdische Einstellung andichten, wo wir doch in Syrien auch jüdische Staatsbürger haben und als Muslime die jüdische Religion anerkennen. Wir Syrer wenden uns gegen keine Religion.

Doch die Israelis wollten daraus etwas machen. Wenn wir ähnlich dächten wie sie, würden wir behaupten, dass sie mit ihren Erklärungen bezwecken, die drei Offenbarungsreligionen gegeneinander aufzubringen. Jeder, der sich meine Rede noch einmal durchliest, kann darin kein einziges antijüdisches Wort finden.

SPIEGEL: Es gibt noch andere Anschuldigungen: Syrien wird vorgeworfen, dem Nazi-Verbrecher und Judenmörder Alois Brunner Unterschlupf zu gewähren.

Assad: Brunner hat sich hier niemals aufgehalten. Derartige Vorwürfe sind gegenstandslos.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Ihre Generation noch den gerechten Frieden in Nahost erleben wird?

Assad: Ich wünsche mir natürlich, die Verwirklichung des Friedens erleben zu können. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Doch gegenwärtig sehen wir, dass Israel diesen Frieden gar nicht will.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Assad (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Mir liegt an einer europäischen Präsenz“

* Volkhard Windfuhr, Olaf Ihlau, Joachim Preuß vor Assads Büro in Damaskus.

Der Täter hinter den Tätern

Nach dem Auftritt von Slobodan Milošević in Den Haag debattieren Völkerrechtler, ob der Ex-Staatschef für Kriegsverbrechen haftbar gemacht werden kann.

Vojislav Koštunica wollte es nicht mit ansehen. Die Fernsehübertragung von der ersten Anhörung seines Vorgängers vor dem Weltgericht in Den Haag wäre für ihn, gestand der Jugoslawen-Präsident, „zu schmerzhaft gewesen“.

Er hätte zusehen müssen, wie sich einer gibt, der als erster Staatschef in der Weltgeschichte vor ein internationales Tribunal gerät: Bräsig sitzt der aus Belgrad überstellte Topgefangene da, wie ein aufsässiger Pennäler vor der Lehrerkonferenz, die Kravatte blauweißrot gewählt, in den serbischen Nationalfarben.

„Das ist Ihr Problem“, bockt Slobodan Milošević, als er gefragt wird, ob er die Anklage hören wolle. „Ich halte dieses Tribunal für ein falsches Tribunal. Es ist illegal.“ Per Knopfdruck stellt Richter Richard May das Mikrofon wieder ab.

Was Milošević sagen wollte, geben seine aus Belgrad angereisten Rechtsberater vor den Toren des Gerichts bekannt: „Meine Henker und die Weltöffentlichkeit wissen sehr wohl, dass ich in Den Haag nicht wegen angeblicher Kriegsverbrechen bin, sondern weil wir der ganzen Welt gezeigt haben, dass die Nato nicht allmächtig ist.“

Der frühere Serbenführer gibt sich siegessicher. Mirjana Marković wird ihren Gatten darin bestärken, wenn sie ihn in den nächsten Tagen im Scheveninger Gefängnis besucht – letzte Woche reichte sie einen Visaantrag für die Niederlande ein.

Während das Zwölfminutenstück am letzten Dienstag eine Ahnung von den Hürden des Prozess-Marathons aufkommen lässt, sind die Flure des Jugoslawien-Tribunals von Siegerstimmung erfüllt. Den Haag werde „das Nürnberg des Balkans“, frohlocken Mitarbeiter.

Beflügelt durch den weltweit übertragenen Auftakt zum Milošević-Prozess, machte Chefanklägerin Carla Del Ponte letzten Freitag auch in Zagreb Druck. Gegenüber Premier Ivica Račan bestand sie auf der Auslieferung zweier mutmaßlicher Kriegsverbrecher – die beiden ersten Kroaten, gegen die das Uno-Tribunal Anklage wegen Völkermordes erhoben hat.

Tags zuvor hatte sie in Den Haag Mladen Ivanić getroffen, den Regierungschef der bosnischen Serbenrepublik. Del Ponte hofft, dass Ivanić zwei Hauptverdächtige

der serbischen Feldzüge dingfest macht und ebenfalls nach Den Haag überstellt: Serbenführer Radović und Oberbefehlshaber Ratko Mladić. Die beiden könnten zu wichtigen Belastungszeugen im Verfahren gegen Milošević werden.

Bislang ist die Anklage mit dem Aktenzeichen IT-99-37-I auf Vertreibungs- und Mordvorwürfe im Kosovo beschränkt. Del Ponte aber will Milošević auch Gräueltaten in Kroatien und Bosnien anlasten. Zwar beteuert sie, genügend Material zusammengetragen zu haben. Doch es gibt Zweifel, ob die Papierspur ausreicht, Milošević

Verbrecher schon vorbei waren. Doch es könnte sein, dass die Idee nun weltweit Karriere macht. „Es wird spannend“, sagt der Kölner Völkerrechtsexperte Claus Kreß, ob das Jugoslawien-Tribunal sich der deutschen Lehre anschließe: „Dann wird es möglich, Milošević nicht nur als Hintermann eines Völkerrechtsverbrechens, sondern direkt als Täter zu bestrafen.“

Staatsanwältin Del Ponte hat bislang offen gelassen, ob sie die Anklage gegen Milošević auf Völkermord erweitern wird. Dann müsste belegt werden, dass der Täter mit seinen grausamen Taten das Ziel

gen der humaneren Art zu verantworten – die Zerstreuung der ungeliebten Kosovaren in alle Welt? Die Frage, ob auch die Vernichtung eines Volkes durch seine Atomisierung als Völkermord gelten muss, ist unter Strafrechtlern ungeklärt.

Das Jugoslawien-Tribunal, da sind sich der Angeklagte und sein Nachfolger im Präsidentenamt einig, sei in jedem Falle parteilich und Institution einer „selektiven Justiz“. Warum, beschwert sich Koštunica, werden nicht auch die Nato-Angriffe auf Jugoslawien in Den Haag angeklagt? Carla Del Ponte hat das bislang abgelehnt.



Milošević-Ehefrau Marković, angeklagter Serbenführer Milošević: „Ich halte dieses Tribunal für ein falsches Tribunal“

die persönliche Verantwortung für die Verbrechen anlasten zu können.

„Es gibt ein paar Stücke, die fehlen“, bekennt Nancy Paterson, eine der Co-Autorinnen der Milošević-Anklage und bis vor kurzem selbst Staatsanwältin am Haager Tribunal. Es müsse zumindest deutlich werden, dass Milošević „die Kontrolle über die Kommandeure hatte, dass er von den Gräueltaten wusste und nichts unternahm, um die Verbrechen abzustellen“.

Tatsächlich ist jemand für Massaker seiner Untergebenen mitverantwortlich, wenn er sie nicht zu verhindern versucht. Dieser Zurechnungsgrundsatz der „Vorgesetzten-Verantwortlichkeit“ ist im Völkerstrafrecht etabliert. Allerdings bringt er im Einzelfall schwierige Beweisprobleme mit sich.

Die Deutschen sind da weiter. Im jahrelangen Ringen um die Bestrafung der DDR-Führungsriege für die Morde an der Mauer hat der Bundesgerichtshof die Täterschaft derjenigen Schreibtischtäter anerkannt, die am Anfang einer mörderischen Befehlskette standen. Mit dieser Innovation wurde beispielsweise das Politbüromitglied Egon Krenz verurteilt, als hätte er an der Mauer selbst geschossen.

Die Rechtsfigur des „Täters hinter dem Täter“ ist dem BGH erst eingefallen, nachdem die halbherzigen Prozesse gegen NS-



General Mladić, Serbenführer Karadžić Kronzeugen gegen Milošević?

verfolgte, Volksgruppen zu vernichten, also deren Mitglieder physisch umzubringen.

Mit Interesse haben die Milošević-Ankläger zur Kenntnis genommen, dass in der vergangenen Woche eine Berufungskammer des Tribunals in einem anderen Fall – dem des serbischen Kriegsverbrechers Goran Jelišić – entschieden hat, für die Zerstörungsabsicht des Völkermörders bedürfe es jedenfalls keines konkreten Planes. Auch das planlose Massaker nach Art der Milošević-Schergen würde danach unter die internationale Strafnorm fallen.

Was aber, wenn Milošević geltend macht, er habe nur ethnische Säuberun-

„So eine Anklage würde die Glaubwürdigkeit des Gerichts vergrößern“, meint jedoch Antonio Cassese, der als Präsident bis 1997 an wegweisenden Entscheidungen des Gerichts mitgewirkt hat.

Tatsächlich leidet das Tribunal unter dem Ruf, ein Instrument der Amerikaner zu sein – hier müsse antreten, wen die USA nicht mögen. Die rechtswidrige Auslieferung Milošević auf Druck Washingtons ist dafür nur das jüngste Beispiel.

Dass die Weltmacht im Völkerstrafrecht mit doppelter Moral agiert, fiel nicht nur dem Angeklagten Milošević auf. Selbst der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages konnte sich nicht verkneifen, in einem Beschluss das jüngste Washingtoner Gesetzesvorhaben zum internationalen Strafrecht als „völkerrechtswidrig“ zu bezeichnen. Der Gesetzentwurf der Republikaner, der jetzt zur Abstimmung im Repräsentantenhaus ansteht, droht jedem Staat für eine Unterstützung des geplanten Weltstrafgerichtshofes den Entzug wirtschaftlicher Unterstützung an. US-Bürger, die von dem Gericht inhaftiert werden, das von 2004 an wohl das Haager Tribunal ablösen wird, sollen mit Waffengewalt befreit werden.

Gut, dass Koštunica das für seine Staatsbürger nicht ganz so eng sieht.

THOMAS DARNSTÄDT, SYLVIA SCHREIBER